



Rundbrief 2017/09 / Nr. 3

In diesem Rundbrief:

Aufruf an alle Unabhängigen Seite 2
zur **Neuwahl 2017**

Türkei: Lehrer im Hungerstreik Seite 5
durften nicht vor Gericht

UGÖD: Bitte schreibt Seite 7
Solidaritätsmails an die
türkische Botschaft und das
türkische Konsulat

ugod.at



Unabhängige GewerkschafterInnen im Öffentlichen Dienst und in ausgliederten Betrieben



von Beate Neunteufel-Zechner

Wünsche an PolitikerInnen, denen wir im Wahlkampf unterwegs begegnen

Geld oder Gemeinschaft? Staat — oder Staatsfirma?

Ein **Staat** ist eine große Solidargemeinschaft. Höchstes Staatsziel ist das Wohl der Bevölkerung. Nur wenn es allen Menschen gut geht, dann geht es auch dem Staat gut. Ein uraltes und bewährtes Prinzip.

Konzerne hingegen haben als höchstes Ziel, Geld und hohe Gewinne für die Konzernleitung oder Eigentümer zu machen. Ein ebenfalls uraltes und bewährtes Prinzip.

Diese Trennung ist so klar wie einfach. Jedes Kinder-

gartenkind kennt den Unterschied zwischen Gier und Solidarität, Geld und Liebe.

Bundesregierung: Profit als Staatsziel?

Tatsächlich gibt es Mitglieder der derzeitigen Bundesregierung, die beides miteinander zu verwechseln scheinen. Sie zählen sich zu einer besonderen Form von Elite und wissen durchaus, was sie tun, indem sie diesen fatalen „Irrtum“ zum Gesetz machen wollen.

Die Absicht der Österreichischen Bundesregierung, „Wachstum und einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort“ als Staatsziele in der Bundesverfassung zu verankern, ist ein Riesenschritt in eine völlig verkehrte politische Richtung.

Quelle: parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2017/PK0597

Zukunft Österreich: Wohlstand nur noch für Starke?

„Leistung muss sich wieder lohnen“ ist einer der aktualisierten Wahlwerbeslogans. Doch was ist mit denen, die dabei nicht mithalten können? Mütter, Kinder, Alte, Behinderte, MigrantInnen und alle sozial Schwachen sollen ihr Dasein „leistungsgerecht optimieren“? Ist ein Menschenleben nur noch soviel wert, wie es Geld einbringen kann?

Löhne und Gehälter werden nicht von denen festgesetzt, die eine Leistung zu erbringen haben. Die prekären Beschäftigungsverhältnisse des letzten Jahrzehnts haben nicht die Pflegenden, Studierenden, Lehrenden oder gar die Kunstschaffenden erfunden, sondern diejenigen ArbeitgeberInnen, denen die Gewinne nie hoch genug waren, die wirtschaftliche Abhängigkeiten erzeugen und langfristig nutzen wollen.

Die Statistiken über die Reallohnverluste der letzten 15 Jahre bestätigen das eindrucksvoll und sollten uns dazu anregen, mit PolitikerInnen im Wahlkampf über **gemeinwohlorientierte Formen von Umverteilung** und **nachhaltige Lebensqualität** zu reden.

Sparpolitik ersetzen durch Achtung der Menschenrechte und umweltschonende Wirtschaftsentwicklung

Als eines der reichsten Länder der Welt wünschen sich österreichische BürgerInnen, dass ihre Menschenrechte geachtet, und nicht durch immer strengere Überwachungsprogramme ausgehebelt werden. Der Reichtum unserer Republik muss nicht für weitere Bankenrettungen draufgehen, sondern muss im bereits spürbaren Klimawandel für die Entwicklung von umweltschonenden Wirtschaftsformen eingesetzt werden.

Die Krise in der Autoindustrie wegen falscher Abgaswertangaben sollten unsere PolitikerInnen als Chance sehen. Innovative Geister in unserem Land entwickeln bereits alternative Treibstoffe und Ener-

giegewinnungssysteme, die nicht nur die absolut giftige Schifffahrt auf den Weltmeeren, sondern auch die uns direkt belastende Luftfahrt und andere Massentransportsysteme auf neue umweltschonende Wege bringen kann.

Davon ist im Wahlkampf bis jetzt gar nichts zu hören – vermutlich unterstützen Wirtschaftstreibende mit anderen Rohstoff- und Ausbeutungsinteressen die wahlwerbenden Parteien.

Wir hören auch nichts über die notwendige Eindämmung der Speckgürtel rund um unsere Gemeinden. Wir hören kein Wort darüber, dass es höchste Zeit ist, in Österreich nicht jeden See und Schönblick mit einer Appartementanlage zu verschandeln. Wir hören nichts über die Möglichkeiten zum Anbau mit biologisch wertvollem Saatgut, das auch ohne Giftbehandlung Erträge bringt, die unseren Wohlstand und die Gesundheit weiter bringen als Genmanipulation.

Diese Liste mit allem, worüber wir gerade einmal wieder gar nichts hören, könnte noch lange fortgesetzt werden. Österreich ist ein reiches Land und daher ist es ein Land mit vielen Möglichkeiten zur Veränderung.

Aufruf: Solidarität als Staatsziel

Der Ausbau von Demokratie und Gemeinwohl in der Republik Österreich ist zu fordern und zu fördern, damit alle Menschen, die in unserem Land leben, zu einem guten Leben kommen können.

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen im öffentlichen Dienst wollen nur PolitikerInnen wählen, die Projekte mit globalem Vorbildcharakter für die nächste Regierungsperiode anbieten:

- *die die Gleichstellung der Frauen in der Gesellschaft ernsthaft umsetzen*
- *die sich für Umwelt- und Landschaftsschutz einsetzen*
- *die eine nachhaltige Raum- und Landschaftsschutzordnung entwickeln*
- *die unser Wirtschaftssystem auf die Wiederverwertbarkeit aller Abfälle hin neu ausrichten*
- *die Alternativen für veränderte Rohstoff- und Ressourcennutzung ermöglichen*
- *die verbesserte Lebensqualität für zukünftige Gene-*

rationen erhalten

- *die ohne Angst vor Veränderung in Österreich gesellschaftlich notwendige und gemeinwohlorientierte Arbeit neu und gerecht organisieren*
- *die das öffentliche Bildungssystem und den öffentlichen Dienst stärken*
- *die notwendige soziale Transformationen in Österreich zukunftsorientiert umsetzen*
- *die drittstaatsangehörige Personen, die Mütter oder Väter österreichischer Kinder sind, nicht mehr in Gebiete mit akuter Gefahr für Leib und Leben abschieben*
- *die das geplante Sicherheits- und Überwachungs-paket nicht umsetzen aus Respekt vor den global geltenden Menschenrechten*
- *die mit angemessenen Entwicklungsfördergeldern faire wirtschaftliche Beziehungen zu Ländern außerhalb der EU aufbauen*

Wir haben noch viele weitere Pläne und Wünsche!

Für ein solidarisches und lebenswertes Österreich.

Für einen gerechten Sozialstaat.

Für unsere gemeinsame Zukunft.



Alle Beiträge findet ihr auch auf:

<https://diealternative.org/ugoed/>

Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller:

Bundesleitung der UGÖD
Belvederegasse 10/1
A-1040 Wien
Fax: (01) 505 19 52-22
email: office@ugoed.org

Vorsitzende:

Beate Neunteufel-Zechner, Reinhart Sellner

Offenlegung laut Mediengesetz laut §25, Absatz 2:

Medieninhaber (Verleger) sind die Unabhängigen Gewerkschafter/innen im Öffentlichen Dienst (UGÖD). Die UGÖD ist ein eingetragener Verein (ZVR-Zahl 126495968).

Offenlegung laut Mediengesetz laut §25, Absatz 4:

Die Blattlinie entspricht den Vereinszielen der UGÖD gemäß Vereinsstatut.

Verweise und Links:

Die UGÖD hat keinerlei Kontrolle über die Websites Dritter und die dort angebotenen Informationen, Waren oder Dienstleistungen. Die UGÖD übernimmt daher keinerlei Verantwortung, aus welchem Rechtsgrund auch immer, für den Inhalt der Websites Dritter.

Bildmaterial:

Falls nicht explizit anders gekennzeichnet: UGÖD, wikimedia.org, pixabay.com, freemages.com, eigene

Türkei: Lehrer im Hungerstreik durften nicht vor Gericht



Seit Donnerstag sind es nun 190 Tage, die die beiden engagierten Lehrer Nuriye Gülmen und Semih Özakça bereits im Hungerstreik sind.

Seit März protestieren sie gegen die willkürlichen Entlassungen hunderttausender KollegInnen.

Sitzstreik und Hungerstreik

Es begann im November 2016 mit einem friedlichen Sitzstreik in einer Fußgängerzone im Zentrum Ankaras. Eine Dozentin der Literaturwissenschaften und ein Grundschullehrer forderten die Wiedereinstellung ihrer KollegInnen.

Doch die Lage in der Türkei wurde stattdessen immer dramatischer. Da begannen Gülmen und Özakça einen unbefristeten Hungerstreik. Er hält bis heute an – trotz Verhaftung.



Literaturdozentin Nuriye Gülmen während ihres Sitzstreiks.

Bildquelle: youtu.be/NtGkncU06lw



Literaturdozentin Nuriye Gülmen und Grundschullehrer Semih Özakça zu Beginn ihres Streiks in der Innenstadt von Ankara, Wochen vor ihrer Verhaftung. Bild: youtu.be/NtGkncU06Iw

Lehrerin wie ein Schwerverbrecher verhaftet

Im Internet sieht man Handyaufnahmen von ihrer Verhaftung. Es sind verstörende Szenen. Private Aufnahmen aus ihrer Wohnung, von Augenzeugen auf der Straße. Verzweifelt schreit die Literaturdozentin um Hilfe, während sie von schwerbewaffneten Männern auf der Straße verschleppt wird, umringt von hunderten Sicherheitskräften und AugenzeugInnen. Die beiden Lehrer gelten in der Türkei nun offiziell als Terroristen.

Von den übrigen hunderttausenden Verhaftungen der letzten Wochen und Monate, die nicht im Internet zu sehen sind, berichtet niemand.

Steigende Popularität im unterdrückten Land

Die beiden Menschenrechtsaktivisten haben längst landesweite Popularität erlangt. Über sie kursieren bereits ein berührender Kurzfilm (mit engl. Untertiteln) und ein umgedichtetes Freiheitslied, gesungen von Prominenten: **Ey Özgürlük – O Freiheit!**

Berührender Kurzfilm (mit engl. Untertiteln):
„Söz Uçar“

<https://youtu.be/SjSwRQHCvd8>

Freiheitslied:

Sanatçılardan Nuriye Gülmen ve Semih Özakça için: „Ey Özgürlük“

<https://youtu.be/NtGkncU06Iw>

Stiller Protest: Ab und zu sieht man auf Hausmauern ein gedenkendes „NuSe“ – die Anfangsbuchstaben ihrer Vornamen Nuriye und Semih. Öffentliche Kundgebungen sind in Ankara längst verboten. Bildquelle: youtu.be/NtGkncU06Iw



„NuSe“ - vorsichtiger, stiller Protest

Doch trotz aller Popularität ist es ein vorsichtiger, weitgehend stiller Protest. Ab und zu sieht man auf Hausmauern ein mahnendes „NuSe“ gekritzelt – die Anfangsbuchstaben ihrer Vornamen Nuriye und Semih. Öffentliche Kundgebungen und Presseerklärungen sind in Ankara längst untersagt.

Hungerstreik hinter Gittern

Die Dozentin und der Grundschullehrer liegen derzeit in der Krankenstation im Gefängnis von Sincar. Sie sind abgemagert, ernähren sich von Vitamintabletten und Wasser. Die Dozentin Gülmen konnte bei ihrer Verhaftung nicht mehr gehen. Der Grundschullehrer klagte bereits über Sehstörungen. Doch vermutlich gerade deshalb wurde ihnen die Teilnahme an ihrer Strafverhandlung verwehrt. „Märtyrerbilder“ sieht die türkische Regierung nur ungern.

Strafverhandlung: 1000 AnwältInnen wollten kostenlos verteidigen

Kurz vor Prozessbeginn ließ die türkische Staatsanwaltschaft insgesamt 17 Anwälte der Angeklagten verhaften, unter anderem Mitglieder des linksaktiven „Rechtsbüro des Volkes“. Daraufhin versuchten 200 weitere Anwälte, aus Solidarität bei Gericht persönlich anwesend zu sein. Mehr als 1000 JuristInnen boten unentgeltlich ihre Hilfe an. Unter der Gefahr, Lizenz und Leben dafür zu verlieren.

Trotz aller staatlichen Repressalien stieg der mediale Andrang vor dem Prozess. Die Sicherheitskräfte vertrieben hunderte Besucher gewaltsam aus dem Gerichtsgebäude. Die Staatsanwaltschaft verlangte für beide Lehrer je 20 Jahre Haft.

UGÖD: Bitte schreibt Solidaritätsmails an die türkische Botschaft und das türkische Konsulat



von Reinhard Sellner

Liebe alle,

bitte schreibt kurze Solidaritätsmails an die türkische Botschaft und das türkische Konsulat, als LehrerInnen, öffentlich Bedienstete, PersonalvertreterInnen, Betriebsräte, gemeinsam mit KollegInnen eurer

Dienststelle/eures Betriebes. Die Dringlichkeit ergibt sich aus den aktuellen Zeitungsmeldungen.

Die UGÖD-Bundesleitung wird einen entsprechenden Beschluss fassen und einen Textvorschlag erarbeiten und in der GÖD-Vorstandssitzung wird ein Antrag zur Unterstützung aller 146.000 öffentlich Bediensteten in der Türkei eingebracht, die 2016 willkürlich entlassen wurden.

Die aktuellen Standard.at-Artikel sollen eine informative Grundlage für euren Protest sein:

<http://derstandard.at/2000064026264/Hungerstreikende-Lehrer-vor-Gericht-in-Ankara>

<http://derstandard.at/2000064082412/Tuerkei-Hungerstreikende-Lehrer-durfen-nicht-zum-Gerichtsbeginn>

(Bitte umblättern)

Nützen könnt ihr auch die UGÖD-Solidaritätsadresse

<https://diealternative.org/ugod/2017/05/31/solidaritaet-mit-den-tuerkischen-kolleginnen-im-hungerstreik/>

und die APA-Aussendung vom 31.05.2017:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20170531_OTS0152/ugod-solidaritaet-mit-den-kolleginnen-im-hungerstreik-in-der-tuerkei

Glück auf – ich hoffe auf eure starke Beteiligung!

Ein paar Zeilen an Botschaft und Konsulat als persönlicher und gemeinsamer Beitrag zur Rettung unserer türkischen KollegInnen!

Reinhart

Literaturdozentin Nuriye Gülmen und Grundschullehrer Semih Özakça bekamen von Passanten Essen, Geschenke und Blumen. Aufnahme aus der Innenstadt von Ankara, Wochen vor ihrer Verhaftung. Bildquelle: youtu.be/NtGkncU06lw



Alle Beiträge findet ihr auch auf:

<https://diealternative.org/ugod/>

ADRESSEN:

Botschaft der Türkei in Wien

Botschafter Mehmet Ferden ÇARIKÇI
Prinz-Eugen-Straße 40
1040 Wien, Österreich
Tel: (+43 / 1) 505 73 38 – 0
Fax: (+43 / 1) 505 36 60
E-Mail: botschaft.wien@mfa.gov.tr

Türkisches Generalkonsulat Wien

Generalkonsul Tayyar Kağan ATAY
Hietzinger Hauptstrasse 29
1130 Wien
Telefon +43 (01) 877 71 81
Fax +43 (01) 877 71 79
E-Mail konsulat.wien@mfa.gov.tr

KOPIEN könnt ihr schicken an:

EGB/ETUC:

etuc@etuc.org

ÖGB EGB:

europabuero@oegb-eu.at
erich.foglar@oegb.at
renate.anderl@oegb.at

GÖD:

zentralsekretariat@goed.at
norbert.schnedl@goed.at
hannes.gruber@goed.at
reinhart.sellner@gmx.at

APA:

chefredaktion@apa.at
innenpolitik@apa.at
aussenpolitik@apa.at

sowie an Kanzler, Vizekanzler, Außenminister:

christian.kern@bka.gv.at
minister.justiz@bmj.gv.at
sebastian.kurz@bmeia.gv.at,

und die Staatssekretärin f. d. öffentlichen Dienst:

muna.duzdar@bka.gv.at